KVD Dahm wies auf die Ausführliche Vorstellung verschiedener zur Vermarktung bestehender Systeme in der Ausschusssitzung am 07.03.2018 hin. Die damaligen Beratungen hätten im Ergebnis dazu geführt, die im Rhein-Sieg-Kreis ansässigen Hilfsorganisationen in die Thematik der Ersthelfergewinnung mit einzubeziehen und deren Erfahrungen in diesem Bereich abzufragen. Des Weiteren sei die Verwaltung beauftragt worden, den Geschäftsführer des Vereins „Mobile Retter e.V.“ zu bitten, Strukturen und Rahmenbedingungen für den Einsatz einer Rettungs-App im Rhein-Sieg -Kreis dem Ausschuss vorzustellen. Eine Umfrage bei den im Rhein-Sieg-Kreis ansässigen Hilfsorganisationen habe gezeigt, dass dort wenige Erfahrungen zur Rettungs-App vorlägen, gleichwohl eine positive Sichtweise auf die Einführung eines solchen Systems bestünde und eine Bereitschaft zur Registrierung der in den Organisationen vorhandenen Ersthelfern gegeben sei. Eine an den Arbeiter Samariter Bund (ASB) gerichtete Anfrage sei ohne Beantwortung geblieben.

Aufgrund der jüngsten Entwicklungen habe die Verwaltung es als sinnvoll erachtet, auf die Einladung des Geschäftsführers des Vereins „Mobile Retter e.V.“ zur heutigen Ausschusssitzung zu verzichten und die neue Sachlage zunächst im Ausschuss vorzustellen und beraten zu lassen.

Seitens der Stadt Köln werde nunmehr für das Projekt Rettungs-App eine Kooperation unter Einbindung der Stadt Bonn angeregt. Ein erstens Sondierungsgespräch mit Vertretern der Feuerwehr Köln und Bonn habe zwischenzeitlich stattgefunden. Dabei seien rechtliche, technische, organisatorische und vertragliche Fragestellungen aufgeworfen worden, welche noch der weiten Prüfung und Klärung bedürfen. Dabei würden deutlich Synergieeffekte im Rahmen eines Verbundes gesehen. Seitens der Stadt Köln und der Stadt Bonn sehe man die Notwendigkeit eines formellen Ausschreibungsverfahrens zur Auswahl eines entsprechenden System-Anbieters, dass die Entwicklung ein umfassenden Leistungsverzeichnisses voraussetze.

Seitens der Verwaltung werde ein Votum des Ausschusses erbeten, ob die Möglichkeiten einer Kooperation weiterverfolgt werden solle oder ob an einer Solitärlösung festgehalten werde. Diese Entscheidung habe in der nächsten Sitzung Haushaltsrelevanz. Es sei zum derzeitigen Zeitpunkt -auch im Falle einer Kooperation- von dem in der Sitzung am 07.03.2018 dargestellten finanziellen und personellen Aufwand auszugehen, da nicht erfasst werden könne, inwieweit sich Synergieeffekte mindernd auswirken würden. Seinerzeit habe man Anbindungskosten in Höhe von ca. 70.000 € sowie jährliche Betriebskosten in Höhe von ca. 50.000 € ermittelt. Hinzu käme die Bereitstellung einer Personalressource. Eine Finanzierung durch die Krankenkassen über den Gebührenhaushalt sei nicht vorgesehen und auch nicht absehbar, so dass es sich bei diesen Aufwendungen um eine freiwillige Leistung des Rhein-Sieg-Kreises handeln würde, die durch den Kreishaushalt abzudecken sei.

Abg. Söllheim begrüßte eine Kooperation mit den Nachbarkommunen und regte eine Einbindung des Rhein-Erft-Kreises und des Kreises Euskirchen auch unter dem Gesichtspunkt der Kompatibilität an. Insoweit sei die Entscheidung der Verwaltung in dieser Angelegenheit richtig gewesen. Der Weg einer Kooperation solle weiterverfolgt werden, um auch hier mögliche Synergien zu nutzen.

Abg. Steiner schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an und begrüßte eine einheitliche Verfahrensweise zwischen den verschiedenen Trägern des Rettungsdienstes. Ggf. sei eine Einbindung in die Warn-App NINA möglich. Insoweit solle die Verwaltung weitere Gespräche mit dem Ziel einer Kooperation führen.

Die Verwaltung werde gebeten, im Hinblick auf die kommenden Haushaltsberatungen eine schriftliche Mitteilung an die Kreistagsfraktionen zum aktuellen Sachstand vorzulegen.

Abg. Albrecht sprach sich für den Weg einer Kooperation aus, da dies nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch im Hinblick auf ein schnellstmögliches Eintreffen eines Ersthelfers im Einsatzfall unabhängig von der Trägerzuständigkeit anzustreben sei. In diesem Zusammenhang könne in den Grenzgebieten auch der Kreis Ahrweiler ein möglicher Kooperationspartner sein.

SKB Koch stimmt dem Weg der Kooperation mit den Nachbarkommunen auch im Blick auf die Praktikabilität zu, da es möglichen Ersthelfern nicht zugemutet werden könne, mehrere unterschiedliche Ersthelfer-Apps zu bedienen. Ggf. sei eine Einbindung der Bezirksregierung anzudenken, um nicht nur kosteneffizient zu arbeiten, sondern auch schwierige rechtliche Fragestellungen gemeinschaftlich zu betrachten und zu lösen.

Abg. Rothe bat um Auskunft, ob die Systemschnittstellen standardisierten seien. Er regte an, das Bewusstsein der Bevölkerung in Bezug auf erste Hilfe Maßnahmen zu stärken. „Des Weiteren müsse in dieser Fragestellung auch der Volkswirtschaftliche Gesichtspunkt näher beleuchtet werden.“

KOBR Bertram antwortete, dass die Schnittstellen zu den Einsatzleitsystemen individuell seien. Mit der Stadt Bonn werde ein Leitstellensystem im Verbund betrieben, dass im Fall der Installation einer Rettungs-App eine einheitliche Schaltung ermögliche. In einem entsprechenden Ausschreibungsverfahren würden offene Schnittstellen beschrieben.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.